

Diplomatischer Eiertanz

Das Atomabkommen und seine Tücken

ANNÄHERUNG AN ISRAEL

Der Kosovo geht seinen eigenen Weg

1.700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

Ein Lob und eine Warnung aus Israel





9

WAHLEN

Konkurrenz für Abbas



10

KOSOVO

Anerkennung mit Risiko



4

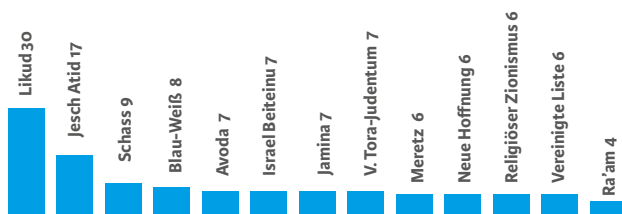
JUBILÄUMSJAHR

Juden, Israelis und
Deutschland

Knessetwahl: Netanjahu-Gegner verpassen Mehrheit

Nach den 24. Knessetwahlen deutet sich einmal mehr ein kompliziertes Ringen um eine Regierungsmehrheit an. Laut dem am 26. März bekanntgegebenen vorläufigen Ergebnis kommt keines der beiden Hauptlager auf die nötigen 61 Knessetsitze. Damit sind sie auf die Zusammenarbeit mit Parteien angewiesen, die zum Teil deutliche Unterschiede in der Weltauffassung zeigen.

24. Knessetwahlen: Vorläufiges Ergebnis



Quelle: Zentraler Wahlausschuss

Am Wahlabend sah es zunächst nach einer knappen Mehrheit für das Lager um Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) aus. Im Verlauf der Auszählung verschoben sich jedoch die Verhältnisse, da die islamistische Ra'am doch noch den Einzug ins Parlament schaffte. Parteichef Mansur Abbas gilt damit als „Königsmacher“, ebenso wie Jamina-Chef Naftali Bennett.

Das Wahlergebnis bot weitere Überraschungen: Die Partei „Neue Hoffnung“ fuhr mit 6 Stimmen ein schwaches Ergebnis ein. Dabei hatte sich Parteichef Gideon Sa'ar im Wahlkampf als

Alternative zu Netanjahu aus den Reihen des Likud präsentiert. Im Dezember lag die „Neue Hoffnung“ in Umfragen noch bei rund 20 Sitzen.

Mehr erhofft haben dürften sich Jamina und das arabische Bündnis Vereinigte Liste. Beide erhielten 2 bis 3 Sitze weniger, als die Umfragen vorhersagten. Die Partei Religiöser Zionismus (6 Sitze) kann mit ihrem Ergebnis zufrieden sein: Umfragen sahen sie bei etwa 5 Sitzen, in der bisherigen Knesset hatte sie 2 Sitze.

Stärker als erwartet schnitten die linken Parteien Avoda und Meretz ab. Bei ersterer verbesserten sich die Werte, nachdem Merav Michaeli Ende Januar Parteichefin geworden war. Der Tel Aviver Bürgermeister Ron Huldai zog sich Anfang Februar wegen mangelnder Unterstützung aus dem Wahlkampf zurück, seine im Dezember gegründete „Israelis“-Partei erlangte 395 Stimmen.

Ebenfalls stärker als erwartet war das Ergebnis für Blau-Weiß mit 8 Sitzen, auch wenn das gegenüber der bisherigen Knesset einen Verlust von 4 Sitzen bedeutet. Keine Veränderungen im Vergleich zur 23. Knesset gibt es bei „Israel Beiteinu“ sowie den ultra-orthodoxen Parteien Schass und Vereinigtes Tora-Judentum.

Die Wahlbeteiligung fiel indes mit 67,2 Prozent gering aus. Das ist der niedrigste Wert seit 2009; damals lag er bei 59,7 Prozent. Besonders bei Corona-Betroffenen sei die Beteiligung gering gewesen, erklärte der Wahlausschuss. Insgesamt stehe Israel besser da als 70 andere Länder, in denen ebenfalls während der Corona-Pandemie Wahlen stattgefunden hätten. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beispielsweise lag der Wert nur bei 63,8 und 64,3 Prozent. |

Daniel Frick

6 IRAN-POLITIK

Das umstrittene Abkommen

12 MELDUNGENMutter beschwert sich
beim Strafgerichtshof**13 BIBELBLICK**Zwischen Endlösung und
Erlösung**14 ARCHÄOLOGIE**Der Berg Ebal und seine
Funde**IMPRESSUM****Herausgeber**

Christliche Medieninitiative pro e.V.
Charlotte-Bamberg-Straße 2
D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00
Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33
israelnetz.com
info@israelnetz.com

Vorsitzender Michael Voß**Geschäftsführer**

Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen

(Leitende Redakteurin), Daniel Frick,
Timo König, Egmond Prill, Martin
Schlorke

Büro Jerusalem Mirjam Holmer**Titelfoto**

Iranische Revolutionsgarden schicken
im April 2020 erstmals einen
Militärsatelliten ins All | Quelle: picture
alliance

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

31. März 2021

Spenden

Israelnetz lebt von Ihrer Spende.
Volksbank Mittelhessen eG
IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01
BIC VBMHDE5F
www.israelnetz.com/spenden

Liebe Leser,

woran denken Sie, wenn Sie den Stichpunkt „Jüdisches Leben in Deutschland“ hören? Längst ist dieses nicht mehr nur an Themen der Vergangenheit geknüpft, denn Judentum in Deutschland ist gegenwärtig – und das in ganz unterschiedlichen Schattierungen. Nachweislich seit 1.700 Jahren leben Juden im Gebiet des heutigen Deutschlands – 2021 markiert ein Jubiläum, das es zu feiern gilt. Veranstaltungen sollen einerseits über dieses Verhältnis informieren und andererseits das jüdische Leben sichtbarer machen. Auch israelische Staatsbürger leben in Deutschland und die Tendenz ist steigend. So hat sich seit 1967, dem Beginn der Erfassung von in der Bundesrepublik lebenden Israelis, die Zahl von knapp 7.400 israelischen Bürgern fast verdoppelt (lesen Sie mehr ab Seite 4).

Seit Jahren sorgt der Iran-Deal für Schlagzeilen. Während die Europäer nach wie vor an den Vereinbarungen festhalten wollen, um eine iranische Atombombe zu verhindern, spricht sich Israel von Beginn an dagegen aus. Informationen über Hintergründe, das Für und Wider des Abkommens erhalten Sie ab Seite 6.

In einer Demokratie ist das größte Privileg das Wahlrecht. Innerhalb von nur zwei Jahren wählten Israelis nun zum vierten Mal ihre Regierung – mit einer Beteiligung von lediglich 67 Prozent. Ein Israeli, der seit Jahren in Deutschland lebt, sagte: „Die Wahlen sind inflationär geworden, deshalb bin auch ich nicht zurückgefliegen. Ein fünfter Wahlgang ist sicher nicht weit entfernt.“ Viele Israelis sind müde geworden, sie wollen einen Wandel, wissen aber nicht, wie dieser aussehen kann. Trotz aller Schwierigkeiten ist Israel eine funktionierende Demokratie und bleibt Rechtsstaat.

In der Palästinensischen Autonomie gibt es hingegen seit 2009 keine demokratisch legitimierte Führung, in Gaza gar seit 2007. Ob und wie die von Mahmud Abbas angekündigten Parlamentswahlen am 22. Mai stattfinden werden, bleibt abzuwarten. Schon jetzt aber ist die Wahl von Kuriositäten geprägt (mehr dazu auf Seite 9).

Über die Beziehungen der arabischen Staaten im Nahen Osten zu Israel ist in den vergangenen Monaten viel geschrieben worden. Dass auch der mehrheitlich muslimisch geprägte Kosovo und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, können beide Staaten als Erfolg verbuchen. Wenn auch nicht unproblematisch – über den diplomatischen Erfolg hinaus dürften die neuen Beziehungen vor allem für die verbliebenen Juden im Balkanstaat Erleichterungen mit sich bringen (lesen Sie mehr ab Seite 10).

Kürzlich war ich mit meiner Familie in Potsdam. Bei einem Spaziergang in der Innenstadt entdeckte ich im Fenster eines Wohnhauses im ersten Stock zwei siebenarmige Leuchter, die zur Straße zeigten. Mit Fensterkreide waren darüber jeweils zwei große Davidsterne aufgemalt. Nicht immer zeigen jüdische Mitbürger ihre Religionszugehörigkeit so deutlich wie dort. Und ganz sicher wollen Juden nicht ausschließlich über ihre Religion definiert werden. Doch wer eine Beziehung aufbaut, lernt seinen Nächsten unweigerlich kennen. König David ruft in Psalm 133 aus: „Siehe, wie fein und lieblich ist's, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen!“ Dieses Jubiläumsjahr bietet zahlreiche Möglichkeiten, unsere „großen Geschwister“ besser kennenzulernen. Nutzen wir sie!

Herzlich grüßt Sie,

Mirjam Holmer



Juden, Israelis und Deutschland

Das Jubiläumsjahr 2021 widmet sich der Ersterwähnung jüdischen Lebens in Deutschland vor 1.700 Jahren. Nach Jahrhunderten voller Antijudaismus und Antisemitismus erlebt es vor allem seit der deutschen Wiedervereinigung einen Aufschwung. Was oft vergessen wird: Auch israelisches Leben in Deutschland blüht.

Martin Schlorke



2021 blicken das Judentum und Deutschland auf 1.700 gemeinsame Jahre zurück

Seit 1.700 Jahren leben nachweislich Juden auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. Das Datum bezieht sich auf eine Verfügung des römischen Kaisers Konstantin des Großen vom 11. Dezember 321. In dem Schriftstück werden Juden erwähnt, die in Köln, beziehungsweise in Colonia Claudia Ara Agrippinensium, wie die Rheinstadt damals hieß, sesshaft waren. Der Erlass ist damit der früheste schriftliche Beweis für die Existenz jüdischen Lebens nördlich der Alpen. Das Original existiert nicht mehr, doch die älteste Überlieferung des kaiserlichen Erlasses befindet sich als gekürzte Abschrift aus dem 6. Jahrhundert in der spätantiken Rechtsammlung „Codex Theodosianus“. Die Handschrift wird in der Vatikanischen Bibliothek aufbewahrt. Ab Sep-

tember 2021 soll anlässlich des Jubiläums das Kunstmuseum des Erzbistums Köln Kolumba sie ausstellen.

Der Inhalt der kaiserlichen Verfügung scheint allerdings im Lichte des historischen Kontextes weniger glanzvoll, erklärt der Historiker Hartmut Leppin von der Goethe-Universität in Frankfurt am Main in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ). Zum einen sei das Schriftstück kein Beweis einer Kontinuität jüdischen Lebens auf deutschem Boden. Eine solche sei sogar „zweifelhaft“. Denn zwischen der Ersterwähnung und den Blütejahren der jüdischen Gemeinde im Mittelalter lagen Jahrhunderte der historischen Verwerfungen. Im Erlass gestattete Konstantin den Ratsherren in Köln, Juden in ihre Reihen

aufzunehmen. In der Spätantike waren Stadträte für wichtige öffentliche Aufgaben, wie das Eintreiben von Steuern, verantwortlich. Blieben die Einnahmen hinter den Erwartungen zurück, mussten sie die Differenz aus eigener Tasche zahlen. Zudem waren christliche Kleriker von einer solchen Ratsmitgliedschaft zunächst befreit. Die Erwähnung von Juden bedeutet also in erster Linie einen finanziellen Mehrwert für die Herrschenden.

Aus Leppins Sicht war das Jahr 321 daher „kein gutes Jahr“ für die Juden in Köln. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass sich auch in den anschließenden Jahrhunderten Licht und Schatten abwechselten. Dabei überwiegen die dunklen Jahre deutlich – mit Pestpogromen, Verfolgung und dem Vernichtungswahn im Nationalsozialismus als traurigem Tiefpunkt.

Dankbarkeit und Sorge aus Israel

Als sich Israels Staatspräsident beim feierlichen Auftakt des Festjahres im Februar in einer Videobotschaft an die geladenen Gäste wandte, sprach er eben diese dunkle Vergangenheit an. Reuven Rivlin fand dabei auch mahnende Worte in Richtung des immer noch anhaltenden und wieder erstarkten Antisemitismus in Deutschland. Dieser trete in bekannten und neuen Formen auf, warnte der 81-Jährige. „Wir“ müssten auf der Straße und im Internet eine Null-Toleranz gegen Antisemitismus zeigen, sagte Rivlin und erwähnte zeitgleich lobend das Engagement der Bundesregierung gegen Judenhass. Passend dazu forderte Anfang März der Antisemitismusbeauftragte des Bundes, Felix Klein, dass sein Amt künftig an das Bundeskanzleramt angeschlossen werden müsse, um eine „besondere Autorität“ zu bekommen.

Doch neben den „Tragödien der Vergangenheit“ und dem aktuellen Antisemitismus habe das aschkenasische Judentum im deutschsprachigen Raum auch seine Blüte erlebt, sagte Rivlin. Im Gedenken an die Vergangenheit sei es wichtig, „unser gemeinsames Erbe, den Beitrag der deutschen Juden zur deutschen Gesellschaft und die tiefe Freundschaft zwischen Deutschland und dem israelischen Staat“ zu betonen. Das israelische Staatsoberhaupt zeigte sich erfreut, dass jüdisches Leben in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten eine Wiederbelebung erfahre.

Ein Blick auf die Zahlen bestätigt diese Aussage. Inzwischen zählt die jüdische Gemeinde in Deutschland mehr als 200.000 Menschen. Vor allem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 stieg die Zahl der Juden rasant an.

Der Grund lag in der Migration aus dem heutigen Russland. Vor der Wende zählte die Bundesrepublik nur 30.000 Juden, die in Gemeinden organisiert waren. In der DDR gab es schätzungsweise 400 Juden in fünf Gemeinden.

Doch in den 1990er Jahren zogen nicht nur Juden aus Osteuropa nach Deutschland. Vermehrt zog es auch Israelis ins wiedervereinigte Deutschland. Eine Entwicklung, die bis heute anhält. Genaue Zahlen liegen dem Statistischen Bundesamt erst seit 1967 vor. Damals lebten 7.382 israelische Staatsbürger in der Bundesrepublik. Bis zum Stichtag 31.12.2019 wuchs die Zahl stetig auf 14.310 Israelis.

Die Gründe für ein Leben in Deutschland sind vielfältig. Der Arbeitsmarkt bietet mehr Chancen, die Lebenshaltungskosten sind niedriger und gerade Berlin gilt als weltoffene Stadt. Daher ist es wenig überraschend, dass die Hauptstadt die größte Anziehungskraft für junge Israelis hat. Im Jahr 2020 lebten 5.045 israelische Staatsbürger in Berlin. Laut dem Statistischen Bundesamt waren 3.300 von ihnen 40 Jahre oder jünger.

Antisemitismus bleibt Thema

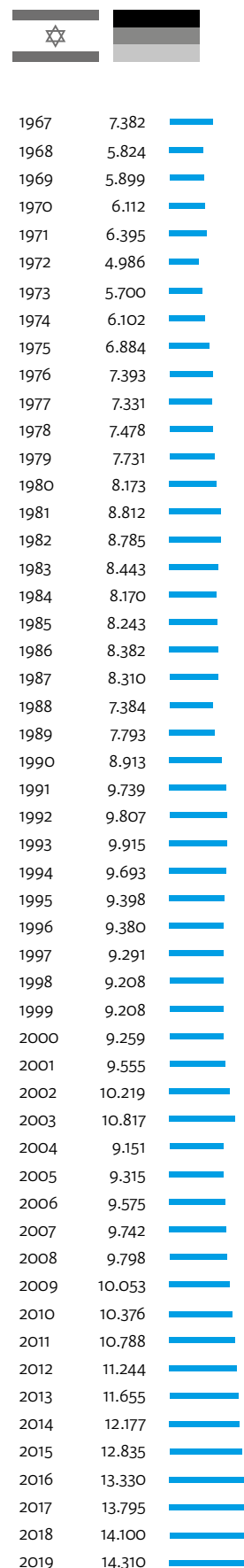
Obwohl Berlin bei jungen Israelis außergewöhnlich beliebt ist, bleibt die Zahl der antisemitischen Vorfälle in der Hauptstadt und im gesamten Bundesgebiet hoch. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus registrierte im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres allein in Berlin 410 judenfeindliche Übergriffe.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier warnte bei der Auftaktveranstaltung zum Jubiläumsjahr, dass jüdisches Leben in Deutschland „immer noch bedroht, ja sogar wieder stärker bedroht ist in einer Zeit, in der Antisemitismus sich viel offener zeigt, in der ein von Hass getriebener Attentäter eine vollbesetzte Synagoge angreift, und das am höchsten jüdischen Feiertag“. Damit bezog er sich auf den versuchten Anschlag auf die Synagoge in Halle/Saale am Großen Versöhnungstag Jom Kippur im Oktober 2019. Dass das Judentum in Deutschland wieder blühe, sei denen zu verdanken, die in das Land zurückgekehrt sind, das sie zu vernichten versucht hatte. Neben den Zuwanderern aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks nannte Steinmeier junge Israelis. Das sei ein „unermessliches Glück für unser Land“.

Für das Jubiläumsjahr sind bundesweit tausende Veranstaltungen geplant. An dem Programm beteiligen sich Synagogengemeinden, Kultureinrichtungen und Schulen. Bund, Länder und Kommunen fördern das Jubiläumsjahr mit 25 Millionen Euro. |

Israelis in Deutschland

Entwicklung seit 1967





Abschluss der Verhandlungen in Wien 2015

IRAN-POLITIK

Das umstrittene Atomabkommen

Für die einen ist es ein Glanzstück der Diplomatie. Für andere hingegen der „schlechteste Deal aller Zeiten“. Israel fühlt sich durch das Atomabkommen mit dem Iran ans Messer geliefert. Die grundlegende Frage lautet wohl: Kann man den Mullahs trauen?

Timo König

Der Iran hat stets behauptet, sein Atomprogramm diene rein zivilen Zwecken. Das Land hat sich mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags 1968 verpflichtet, keine Kernwaffen zu entwickeln. Das internationale Regelwerk gibt zugleich die ausdrückliche Erlaubnis zur zivilen Nutzung der Kernenergie.

Die Prozesse zur zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie sind zu 95 Prozent identisch. Es handelt sich um eine „Dual-Use-Technologie“ – sie kann sowohl auf die eine als auch auf die andere Weise genutzt werden. Erst in der allerletzten Phase wird deutlich, ob es um friedfertige Bestrebungen oder Bombenbau geht.

Mangelnde Glaubwürdigkeit

An den friedlichen Absichten des Iran bestehen Zweifel. Aufgrund der großen Öl- und Gasvorkommen des Landes erscheint

die Absicht der atomaren Energiegewinnung wenig glaubhaft. Der Direktor des Washingtoner Instituts für Wissenschaft und Internationale Sicherheit, David Albright, erklärte zudem gegenüber der Zeitung „Die Welt“: „Für den Betrieb von Reaktoren ist eine sehr große Menge an Brennstoff nötig. So viel könnte der Iran gar nicht anreichern, selbst wenn er die Zahl seiner Zentrifugen weiter massiv erhöhen würde.“ Es sei offensichtlich, dass es um Nuklearwaffen gehe.

Zudem ist bekannt, dass das hochfanatisierte Regime sich permanent in Vernichtungsfantasien gegen Israel ergeht. Dies zeichnet kein Bild von Friedfertigkeit.

Eine nicht vorhandene Fatwa

Der Iran verweist jedoch auf eine angebliche Fatwa, ein religiöses Rechtsgutachten, seines Obersten Führers Ajatollah Ali Chamehnei: Atomwaffen seien unislamisch und kämen für den Iran daher

Foto: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (CC BY 2.0)



Zeitleiste

1959 US-Präsident Dwight D. Eisenhower schenkt der Universität Teheran einen Forschungsreaktor

1968 Iran unterzeichnet Atomwaffensperrvertrag

1974 Die deutsche Kraftwerks-Union AG erhält Auftrag zum Bau eines Kraftwerks in Buschehr

1979 Ausbruch der Islamischen Revolution und Unterbrechung des Baus in Buschehr

1995 Vertrag mit Russland über Fertigstellung in Buschehr

2002 Es wird bekannt, dass der Iran der IAEA Atomanlagen verheimlichte – dies erregt Misstrauen der internationalen Gemeinschaft

2007 Nach gescheiterten Kompromissvorschlägen: Veto-Mächte schalten UN-Sicherheitsrat ein



Nukleartechnologie

Atomwaffen, die auf Kernspaltung beruhen, können aus Uran oder Plutonium hergestellt werden. Der Weg zur Bombe über Uran gilt als einfacher. Der Iran kann es in eigenen Lagerstätten abbauen. Die Konzentration des spaltbaren Uran-Isotops U-235 liegt in natürlichen Vorkommen bei 0,7 Prozent, für die Energiegewinnung muss die Konzentration des U-235 auf 3 bis 5 Prozent angereichert werden. Gewöhnlich geschieht dies in Gaszentrifugen: Durch die Zentrifugalkraft lagert sich das schwerere, nicht spaltbare U-238 an der Innenwand des Rotors ab. Für Waffenzwecke muss das Uran auf 90 Prozent angereichert werden. Der Weg dahin verläuft nicht linear: Bei einer Anreicherung auf 20 Prozent sind rund neun Zehntel des Aufwandes bereits geleistet.

nicht in Frage. Das scheint viele westliche Politiker ruhigzustellen. Der damalige US-Präsident Barack Obama warb bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung 2013 um Vertrauen in den Iran: „Der Oberste Führer hat eine Fatwa gegen die Entwicklung von Atomwaffen erstellt.“

Bis heute hat niemand ein solches Schriftstück vorzeigen können. Es gibt auch keine Ohrenzeugen, die eine entsprechende Äußerung des Obersten Führers direkt bestätigen könnten. Abgesehen davon kennt der schiitische Islam das Prinzip der Takija: Um eigene Nachteile zu vermeiden, sind Lügen erlaubt. Das gilt auch für Glaubensfragen.

Weltgemeinschaft schöpft Verdacht

Das internationale Misstrauen war erwacht, als im Jahr 2002 eine Exiloppositionsgruppe die Existenz der Anreicherungsanlage in Natanz und den Schwerwasserreaktor in Arak offenlegte. Der Iran hatte diese jahrelang vor der Weltöffentlichkeit verheimlicht. Er sperrte sich in der Folge gegen die Entnahme von Umweltproben seitens der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Satellitenaufnahmen zeigten, dass Lastwagen Material abtransportierten. Erst danach durften Inspektoren die Anlage sehen.

Schon im April 1984 hatte Ali Chamenei, damals Präsident des Iran, seinen Militärführern im Geheimen verkündet, der Oberste Führer Ruhollah Chomeini habe den Bau von Atomwaffen angeordnet. Chomeini erklärte, dies werde „ein Instrument der Abschreckung in der Hand von Allahs Soldaten“ gegen die USA und Israel sein. Das ergibt sich

aus einem der IAEA vorliegenden Bericht. Auch der Bundesnachrichtendienst kam bereits 1984 zu dem Schluss, dass der Iran die Entwicklung von Kernwaffen betreibe. Im Jahr 2015 gab der inzwischen verstorbene Ajatollah Ali Akbar Haschemi Rafsandschani, der von 1989 bis 1997 Staatspräsident war, die Aktivitäten der 80er Jahre öffentlich zu: „Als wir angefangen haben, waren wir im Krieg (mit dem Irak) und wir wollten diese Fähigkeit besitzen, falls unser Feind eines Tages auf die Atombombe zurückgreifen möchte. Unser Grundsatz war die friedliche Nutzung der Nukleartechnologie, obwohl wir nie die Vorstellung aufgegeben haben, dass wir, wenn wir eines Tages bedroht werden und es zwingend erforderlich ist, ebenso gut die Fähigkeit haben, den anderen Weg zu gehen.“

Ende 2015 folgte ein weiterer Paukenschlag. Die IAEA erklärte: „Die Agentur stellt fest, dass eine Reihe von Aktivitäten, die für die Entwicklung eines nuklearen Sprengkörpers einschlägig sind, im Iran bis Ende 2003 in einem koordinierten Ansatz verfolgt wurden, und dass manche Aktivitäten auch nach 2003 stattfanden.“ Zwar glaubt die IAEA, dass nach 2009 damit Schluss gewesen sei. Im Klartext hieß dies aber auch, dass der Iran die Welt jahrelang belogen hat.



Inhalt des Abkommens

Im Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA – Gemeinsamer umfassender Aktionsplan) verpflichtet sich der Iran:

- » Kontrolleuren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Zugang zu allen deklarierten Atomanlagen zu gewähren
- » die 19.000 Zentrifugen für 10 Jahre auf 5.000 zu reduzieren
- » Uran nicht weiter als auf 3,67 Prozent anzureichern. Beschränkung entfällt nach 15 Jahren.
- » den Bestand von 10.000 Kilogramm schwach angereichertem Uran auf 300 Kilogramm zu reduzieren
- » die Anlage in Fordow bis 2030 nicht mehr für Anreicherung zu nutzen
- » den Schwerwasserreaktor in Arak so umzubauen, dass kein Plutonium mehr erzeugt werden kann
- » Das Waffenembargo wird um 5 Jahre verlängert, bei Raketen- und Technologie um 8
- » Zudem unterschrieb der Iran ein Zusatzprotokoll der IAEA. Demnach dürfen Inspektoren nach Anmeldung auch andere Orte, die ihnen verdächtig vorkommen, untersuchen.

2009 Präsident Mahmud Ahmadinedschad verweigert weitere Gespräche
2010 US-Präsident Barack Obama verhängt Wirtschaftssanktionen
2010 Computervirus Stuxnet sabotiert Atomanlagen, Anschläge auf mehrere iranische Kernforscher

2012 EU verhängt Sanktionen
2012 Wiederaufnahme von Gesprächen mit UN-Vetomächten plus Deutschland (5+1), es folgen mehrere Verhandlungsrunden
2013 Übergangsabkommen mit 5+1

März 2015 Netanjahu spricht vor US-Kongress, um den Deal zu verhindern
Juli 2015 Abschluss und Unterzeichnung des Atomabkommens in Wien
Januar 2016 Abkommen tritt in Kraft, Sanktionen werden aufgehoben



Nutzen

Die europäischen Vertragspartner Großbritannien, Frankreich und Deutschland (E3) halten bis heute an dem Abkommen fest und wollen es mit allen Mitteln retten. Die Argumente der Befürworter:

- » Das Abkommen stellt sicher, dass der Iran keine Atomwaffe bekommt. Die Zeit, die der Iran benötigen würde, um eine Bombe zu produzieren, stieg von 2 bis 3 Monaten auf circa 1 Jahr. Dies ist ein Erfolg. „Bis heute hat niemand einen besseren Weg vorgeschlagen, um eine iranische Atomwaffe zu verhindern“, meint etwa der Vorsitzende des Bundestags-Außenausschusses Norbert Röttgen (CDU).
- » Inspektoren bestätigten bis zum Austritt der USA fortlaufend, dass der Iran sich an die Vereinbarung hält. Die anderen Vertragspartner müssten sich ebenso an ihre Verpflichtungen halten.
- » Eine Aufkündigung wäre ein „Geschenk an die Hardliner im Iran“, die ohnehin gegen das Abkommen waren. Das würde innenpolitisch die verhandlungsbereiten „Moderaten“ wie Präsident Hassan Rohani schwächen.



Probleme

Sowohl der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu als auch der ehemalige US-Präsident Donald Trump nennen den Deal einen „historischen Fehler“. Die Argumente der Abkommen-Gegner:

- » Die Infrastruktur bleibt bestehen: Reaktoren und Zentrifugen. Damit bleibt auch die Möglichkeit, eine Bombe zu bauen, falls sich das Regime dafür entscheidet. Es legalisiert weitere Forschung.
- » Verfallsdatum: Die Auflagen sind zeitlich begrenzt. Das Problem eines atomaren Iran wird nur verschoben.
- » In der Zwischenzeit kann der Iran durch den Wegfall von Sanktionen wirtschaftlich Muskeln aufbauen, beispielsweise durch Öllexport. Das Land erhielt auch Zugriff auf 150 Milliarden US-Dollar, die auf eingefrorenen Konten lagen.
- » Dieses Geld sei in die Finanzierung von Terror-Organisationen wie der Hisbollah geflossen. Das Abkommen hätte den Iran zu einer anderen Regionalpolitik zwingen müssen.
- » Das ballistische Raketenprogramm, das mit Reichweiten zwischen 300 und 2.000 Kilometern den gesamten Nahen Osten und auch Europa bedroht, wurde in dem Deal nicht behandelt. Teheran unterhält das größte Raketenprogramm im Nahen Osten. Die Geschosse können als Träger für Atomsprenköpfe verwendet werden.
- » Das Abkommen gewährt Kontrolleuren keinen Zugang zu Militärbasen der iranischen Revolutionsgarde. Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass das offizielle Programm in bekannten Anlagen wie Natanz nur Fassade ist. Ingeheim betreibt der Iran Schätzungen zufolge rund 20 geheime Anlagen in Militärbasen.
- » Inspektionen verdächtiger Orte müssen angemeldet werden und können 24 Tage verzögert werden. Dies gebe dem Iran genug Zeit, unerlaubtes Material beiseite zu schaffen.
- » Nicht zuletzt fordern etliche Kritiker, in einem neuen Abkommen die Menschenrechtslage im Iran zu adressieren. Die Führung in Teheran terrorisiert die eigene Bevölkerung und diskriminiert Angehörige von Minderheiten.

Enthüllungen des Mossad

Im Jahr 2018, als das Atomabkommen bereits in Kraft war, verkündete der israelische Premier Benjamin Netanjahu, dass dem Auslandsgeheimdienst Mossad ein spektakulärer Coup gelungen sei: Die Agenten hatten 55.000 Seiten Papier und 183 CDs mit Tabellen, Fotos, Präsentationen und anderen Dokumenten aus einem iranischen Archiv ergattert. Das Material beweist, dass der Iran in den 90er Jahren beschloss, fünf Atomsprenköpfe zu produzieren. „Der Oberste Rat für fortgeschrittene Technologien“ stellte dafür 100 Millionen Dollar zur Verfügung. Aus den Unterlagen geht außerdem hervor, dass das Atomprogramm in zwei Teile getrennt wurde: Einen öffentlich bekannten, zivilen Part und einen geheimen, militärischen. Der Atomdeal umfasst nur die öffentlich bekannten Anlagen.

In seiner Pressekonferenz wies Netanjahu auf eine geheime Forschungsanlage in Turkusabad hin. Diese riss der Iran ab, nachdem sie aufgefliegen war. Die IAEA fand an der Stelle Uranpartikel. Ein Jahr später enthüllte Netanjahu Satellitenfotos einer weiteren geheimen Anlage in Abadeh. Auch diese machten die Iraner dem Erdboden gleich. Und auch hier fand die IAEA nukleares Material. Im Jahr 2020 stellte die Behörde dann nüchtern fest, dass sie „die Nicht-Existenz von nicht-deklarierten

Nuklearmaterialien und -aktivitäten nicht bestätigen“ könne. Die Weltöffentlichkeit ignorierte dies ebenso wie die vorherigen Alarmsignale.

Der neue US-Präsident Joe Biden will zum Atomabkommen zurückkehren, wenn der Iran seine Verpflichtungen wieder erfüllt. Teheran fordert, dass erst die Sanktionen aufgehoben werden. |

Mai 2018 US-Präsident Donald Trump kündigt den Rückzug der USA aus dem Abkommen an

August 2018 Sanktionen der USA treten in Kraft

Januar 2019 Die E3 gründen Zahlungsmechanismus INSTEX, um US-Sanktionen beim Handel mit Iran zu umgehen

Juli 2019 Iran reichert mehr als die erlaubten 300 Kilogramm auf 3,67 Prozent an, zudem beginnt eine Anreicherung auf 4,5 Prozent

Juni/Juli 2020 Mehrere ungeklärte Explosionen in Anlage von Natanz

September 2020 UN-Waffenembargo gegen den Iran läuft aus

November 2020 Iranischer Kernphysiker Mohsen Fachrisadeh wird getötet

Januar 2021 Beginn der Anreicherung auf 20 Prozent; Iran will sich nicht mehr an das Zentrifugen-Limit halten

Februar 2021 Der Iran verlässt das Zusatzprotokoll, welches kurzfristige IAEA-Inspektionen erlaubte

PALÄSTINENSISCHE WAHLEN

Konkurrenz für Abbas

Erstmals seit 15 Jahren will die Palästinensische Autonomiebehörde Wahlen abhalten. Offen ist dabei nicht nur, wer überhaupt zu den Wahlberechtigten gehört. Präsident Abbas tritt erneut an, hat aber Konkurrenz aus den eigenen Reihen.

Ulrich W. Sahn



Will erneut kandidieren: Mahmud Abbas

Per Dekret hat der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmud Abbas, am 15. Januar Neuwahlen angesetzt. Am 22. Mai soll das Parlament gewählt werden. Die Präsidentschaftswahl ist für den 31. Juli vorgesehen. Am 31. August folgen Wahlen für den Palästinensischen Nationalrat, das oberste legislative Organ der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO).

Die palästinensischen Gebiete umfassen die Autonomie im Westjordanland und den Gazastreifen. Nach palästinensischer Auffassung gehört auch Ostjerusalem dazu. Doch noch ist nicht sicher, dass Israel den dort unter seiner Kontrolle lebenden Arabern den Gang zu Wahlurnen erlauben wird, wie bei den vorigen Wahlen 2006. Araber in Jerusalem haben die jordanische Staatsangehörigkeit und keine palästinensischen Ausweise.

In den palästinensischen Gebieten gibt es seit 2006 keine demokratischen Strukturen mehr. Damals hatte Abbas das Parlament aufgelöst, weil die radikale Hamas auch im Westjordanland einen klaren Wahlsieg feiern konnte.

Das lag an einem etwas kuriosen Wahlsystem: In den Wahlkreisen siegte nicht die Partei, sondern der Kandidat mit den meisten Stimmen. Die disziplinierte Hamas schickte daraufhin jeweils nur einen Kandidaten ins Rennen, während die weniger disziplinierten PLO-Leute bis zu 16 Kandidaten entsandten. So konnten die Hamas-Leute die meisten Wahlkreise für sich gewinnen. Für Abbas bedeutete diese peinliche Niederlage trotz großer Mehrheit für seine Partei, dass er alle wichtigen Ämter und Staatsgewalten an die Hamas hätte abgeben müssen, darunter Staatskassen, Polizei und Geheimdienste. Das konnte er sich aber nicht erlauben, und so verfügte er 2006 eine Auflösung des Parlaments. Als Präsident und Nachfolger des im November 2004 verstorbenen Palästinenserführers Jasser Arafat hatte er aus seiner Sicht die Befugnis dafür.

Die Hamas jedoch konnte und wollte das nicht akzeptieren. Also putschte sie 2007 im Gazastreifen. PLO-Leute warf sie von den Dächern oder vertrieb sie über die Grenzen nach Israel und Ägypten. Seitdem sind die Palästinenser gespalten,

ohne große Aussicht auf Versöhnung. Vor allem die Ägypter setzten sich für eine Versöhnung und Neuwahlen ein. Denn durch den Putsch kam der Grenzverkehr von Gaza nach Ägypten zeitweilig völlig zum Erliegen, weil die mit Israel abgesprochenen Grenzkontrollen nicht mehr aufrecht erhalten blieben. Auch die europäischen Beobachter der EU-Grenzmission für den Rafah-Übergang (EUBAM) mussten ihre Posten an der Grenze aufgeben und flohen nach Israel.

Neue und alte Rivalen

Der 85-jährige Abbas ist seit Januar 2005 im Amt. Er wurde damals für vier Jahre gewählt. Die PA hat also seit Anfang 2009 keinen legitimen Präsidenten mehr. Nun erwartet Abbas, wieder gewählt zu werden. Sein wichtigster Gegner ist Mohammed Dahlan. Der 60-jährige sitzt in den Vereinigten Arabischen Emiraten im Exil. Er muss wegen Bestechungsvorwürfen bei seiner Rückkehr nach Ramallah mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Ebenso für die Fatah im Rennen ist der 60-jährige Marwan Barghuti aus Ramallah, der allerdings wegen fünffachen Mordes in Israel eine mehrfache lebenslange Haftstrafe absitzt.

Für Ungemach in der Fatah sorgt indes Arafats Neffe Nasser al-Kidwa: Der frühere Außenminister will mit einer eigenen Liste bei den Parlamentswahlen antreten. Der 67-jährige versucht, Fatah-Vertreter wie Dahlan und Barghuti auf seine Seite zu ziehen. Als Reaktion hat Abbas Al-Kidwa als Leiter der Arafat-Stiftung entlassen.

Ob und wie die Wahlen möglich sein werden, ist fraglich. Zwar hat die Hamas grundsätzlich zugestimmt. Und die kandidierenden Fraktionen haben sich in Kairo auf einen „Ehrenkodex“ geeinigt, der unter anderem Wahlbetrug vorbeugen soll. Aber viele Fragen sind noch offen. |

Anerkennung mit Risiko

Für viele Beobachter überraschend haben sich Israel und der Kosovo gegenseitig anerkannt. Der Balkanstaat eröffnet sogar seine Botschaft in Jerusalem. Die Europäische Union reagiert besorgt.

Daniel Frick

Am 1. Februar haben Israel und der Kosovo diplomatische Beziehungen aufgenommen. Damit erkennt ein weiteres mehrheitlich muslimisches Land den jüdischen Staat an. Die am 14.

Februar neu gewählte Regierung in Pristina hielt sich zudem an die Zusagen ihrer Vorgängerin und eröffnete am 14. März als derzeit drittes Land überhaupt die Botschaft in Jerusalem. Der designierte

kosovarische Außenminister Besnik Tahiri stellte klar, die Haltung zu Jerusalem hänge nicht an der einen oder anderen Regierung, sondern sei „Staatsposition“.

Umgekehrt gehört Israel zu den nun 98 Ländern – rund die Hälfte der UN-Mitgliedsstaaten –, die den Kosovo anerkannt haben. Den Schritt bezeichnete die damalige Außenministerin Meliza Haradinaj-Stublla als „eine der größten Errungenschaften“ des jungen Landes. Israel begibt sich damit jedoch in eine schwierige Situation: Denn Serbien passt die Anerkennung nicht. Belgrad sieht den Kosovo, der sich 2008 einseitig für unabhängig erklärt hat, als autonome Region innerhalb des eigenen Staatsgebietes.

Diplomatisches Geflecht

Die Aufnahme der Beziehungen hat ihren Ursprung in Abkommen, die am 4. September im Weißen Haus unterzeichnet wurden. Darin vereinbarten Serbien und der Kosovo die Normalisierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen. Für viele erstaunlich war, dass Israel dabei auch eine Rolle spielte: Seitens des Kosovo ging es um die Anerkennung, seitens Serbiens um die zeitnahe Eröffnung einer Handelsmission in Jerusalem – und die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem bis Juli 2021.

In den Tagen nach der Unterzeichnung wurde klar, dass Serbien die Entwicklung zwischen Israel und dem Kosovo mit Argwohn betrachtet: Ein Regierungssprecher stellte zwar klar, dass sich dies nicht auf die Wirtschaftsvereinbarungen auswirken würde. Sollte Israel den Kosovo jedoch anerkennen, würde dies den israelisch-serbischen Beziehungen schaden. In diesem Falle würde Serbien von einer Botschaftsverlegung absehen. Als die Anerkennung dann im Februar vollzogen wurde, teilte Außenminister Nikola Selakovic mit, er sei „nicht glücklich“ über den Schritt.



Die Botschafterin des Kosovo in Israel, Ines Demiri, knüpft erste Verbindungen, in diesem Fall mit Simon Fisher (l.) von der Organisation „Save a Child's Heart“ in Cholon und Dan Orjan vom Außenministerium. Die drei organisierten die medizinische Behandlung dreier Kinder aus dem Kosovo in Israel. Demiri ist die Tochter des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde im Kosovo, Votim Demiri, und hat an der diplomatischen Übereinkunft zwischen den beiden Ländern mitgewirkt.

Auf den ersten Blick wirkt dieser Vorgang wie viele andere in der Politik: Des einen Freud ist des anderen Verdruss. Dennoch drängt sich die Frage auf, was Israel zu einer Anerkennung Pristinas bewogen hat. Für viele Beobachter kam der Schritt überraschend, zumal die beiden Länder bislang wenig miteinander zu tun hatten. Über die Jahre hatte Jerusalem auf eine Anerkennung des Kosovo verzichtet, auch weil dessen Situation an die der Palästinenser erinnert: Eine in einem bestimmten Gebiet mehrheitlich vertretene Gruppe erklärt einseitig ihre Eigenstaatlichkeit. Die Palästinenser haben dies bereits 1988 getan, bis heute haben es 138 Länder anerkannt. Und tatsächlich sehen die Palästinenser im Kosovo ein Vorbild: „Der Kosovo ist nicht besser als wir“, sagte der hochrangige palästinensische Politiker Jasser Abed Rabbo im Jahr 2008 als Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung. „Wir verdienen sogar noch vor dem Kosovo Unabhängigkeit.“

Die Anerkennung des Kosovo stößt auch bei israelischen Diplomaten auf Unverständnis. Der frühere israelische Botschafter in Serbien, Arthur Koll, sieht Israel „in den Balkan-Konflikt geworfen“. So formulierte er es gegenüber der Nachrichtenseite „The Media Line“. Er fürchtet, dass dies Auswirkungen auf den Konflikt mit den Palästinensern haben könnte. Und er vermutet, dass die USA diesbezüglich Druck auf Israel ausgeübt haben. Donald Trump befand sich damals mitten im Wahlkampf und wollte sich offenbar nicht nur als Vermittler in Konflikten, sondern mit Blick auf seine christlichen Wähler auch als Förderer Jerusalemer Interessen präsentieren. Netanjahu wiederum konnte wegen der dezidiert pro-israelischen Politik Trumps schlecht Nein zu einer Anerkennung des Kosovo sagen.

Druck aus Brüssel und Ankara

Doch auch für den Kosovo ist der Zug mit Risiko verbunden. Einerseits mag das Land mit seinen rund 1,9 Millionen Einwohnern froh sein über jede diplomatische Anerkennung, um sich gegenüber Serbien zu behaupten. Andererseits geht die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, zumal der Betrieb einer Botschaft dort, der Europäischen Union gegen den Strich: Der Staatenverbund hat

DER KOSOVO-KONFLIKT

Der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo tritt seit Anfang der 1980er Jahre verstärkt offen zutage: Die muslimischen Kosovo-Albaner forderten Republikstatus innerhalb Jugoslawiens für die Provinz. Die Serben sehen das Gebiet aber als Wiege ihrer Nation. Auch die serbisch-orthodoxe Kirche hat dort ihren Ursprung, das Gebiet beherbergt zahlreiche Klöster. Unter Machthaber Josip Broz „Tito“ (1892–1980) hatte der Kosovo 1974 Teilautonomie erhalten, mitsamt einer Garantie für die Ausübung des muslimischen Glaubens. Slobodan Milosevic (1941–2006) machte diese Autonomie rückgängig und stellte den Kosovo 1990 unter Zwangsverwaltung. Willkür und Unrecht gegen die Kosovaren herrschten vor. Diese beschränkten sich zunächst auf friedlichen Widerstand und bauten einen Untergrundstaat auf. Ab 1996 trat die „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK) mit Gewaltakten in Erscheinung. 1998 kam es zum Krieg, 1999 mischte die NATO nach ergebnislosen Verhandlungen auf der Seite des Kosovo mit. Der Einsatz sollte der humanitären Katastrophe – es gab Massaker auf beiden Seiten – ein Ende setzen, war aber höchst umstritten. Nach einer vorläufigen Beruhigung brach der Konflikt 2004 erneut aus. 2008 erklärte sich der Kosovo für unabhängig. Kosovaren bilden heute mit 80 Prozent die überwiegende Mehrheit im Land, die christlichen Serben finden sich vor allem im Norden. Beide Gruppen leben weitgehend in Parallelgesellschaften.

die Vision von Jerusalem als „Hauptstadt zweier Staaten“, eines israelischen und eines palästinensischen. Solange dieses Ziel nicht „durch Verhandlungen“ herbeigeführt wird, müssen EU-Mitglieder ihre Botschaften in Tel Aviv belassen.

Der Kosovo ist zwar kein EU-Mitglied, strebt aber wie Serbien einen Beitritt an. Auf Israelnetz-Anfrage, mit welchen Konsequenzen der Kosovo nun rechnen müsse, teilte ein Sprecher der Europäischen Union lediglich mit, die Entscheidung, von der EU-Position abzurücken, sei zu bedauern: „Jegliche diplomatischen Schritte, die die gemeinsame Haltung der EU zu Jerusalem infrage stellen, sind eine Angelegenheit großer Besorgnis.“

Druck auf Pristina übt auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan aus. Zum Thema Botschaft in Jerusalem sagte

er vor der Eröffnung: „Es wäre vorteilhaft, so einen Zug, der dem Kosovo schaden würde, zu vermeiden.“ Nach der Eröffnung teilte die Türkei mit, sie betrachte dies als „unverantwortlich“ und „gesetzlos“.

Wie die außenpolitischen Folgen der wechselseitigen Anerkennung zwischen Israel und dem Kosovo aussehen werden, lässt sich noch nicht sagen. Doch für die Juden im Kosovo – nach eigenen Angaben 86 Familien – sind die neuen Beziehungen eine gute Nachricht: Die frühere Außenministerin Haradinaj-Stublla verkündete bei der Anerkennungszeremonie, noch in diesem Jahr werde ein jüdisches Kulturzentrum gebaut. Zudem werde die Regierung die Pflege jüdischer Friedhöfe sowie Bildungsmaßnahmen bezüglich des Holocaust-Gedenkens fördern. |

LÄNDERVERTRETUNGEN IN JERUSALEM

Die meisten Länder erkennen Jerusalem als Hauptstadt Israels nicht an und haben dementsprechend nicht dort, sondern in Tel Aviv ihre Botschaften. Guatemala, der Kosovo und die USA sind hierbei die Ausnahme. Die afrikanischen Staaten Malawi und Äquatorialguinea haben Botschaften in Jerusalem angekündigt, Serbien unter Vorbehalt einer Nicht-Anerkennung des Kosovo. Einige Länder haben sich in der Jerusalem-Frage zu einem Zwischenschritt entschieden: der Eröffnung von Handelsmissionen mit diplomatischem Status (Brasilien, Honduras, Kolumbien, Serbien, Tschechien und Ungarn). Australien betreibt in Jerusalem Regierungsbüros, die explizit keinen diplomatischen Status haben, also keine „Filiale“ der Botschaft in Tel Aviv darstellen. Ebenso wie Russland betrachtet Australien lediglich den Westteil der Stadt als Hauptstadt Israels. Der pazifische Inselstaat Nauru erkennt seit August 2019 ganz Jerusalem als Hauptstadt an. Kurios: Paraguay hatte im Mai 2018 eine Botschaft in Jerusalem eröffnet, machte nach einem Regierungswechsel den Schritt drei Monate später aber rückgängig.

„Strafgerichtshof ignoriert palästinensischen Terror“

Die Mutter eines Terror-Opfers hat dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) vorgeworfen, bei palästinensischem Terror ein Auge zuzudrücken. Das geht aus einem am 22. März abgesandten Brief hervor. So habe es bis heute keine Antwort auf eine im Januar eingereichte Klage wegen eines Anschlags aus dem Jahr 2016 gegeben, schreibt Rina Ariel. Damals hatten palästinensische Terroristen ihre 13-jährige Tochter Hallel mit mehreren Messerstichen im Schlaf ermordet.

Den Brief verfasste Rina Ariel mithilfe der Organisation „Schurat HaDin“. Ihm sind laut der Zeitung „Jerusalem Post“ auch Angaben zur Terrorfinanzierung durch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) beigelegt. Demnach erhalten Terroristen das Vierfache des palästinensischen Durchschnittsgehaltes. Dies sei ein Hauptmotiv für die Ermordung von Hallel Ariel gewesen. Als Hauptverantwortlicher dafür ist unter anderen PA-Präsident Mahmud Abbas (Fatah) genannt.

Der IStGH hatte im Februar für sich entschieden, Israelis wegen Kriegsverbrechen in den umstrittenen Gebieten belangen zu



Hat sich beim Internationalen Strafgerichtshof beschwert:
Rina Ariel

können. Die Richter der Vorverfahrenskammer I begründeten dies unter anderem mit der Auffassung, dass „Palästina“ seit 2015 Vertragsstaat beim Rom-Statut sei und damit Zugang zur Rechtsprechung des Strafgerichtshof habe. Die Entscheidung der Richter stieß international auf Kritik. „Schurat HaDin“ kritisiert in diesem Zusammenhang den Fokus der Richter: „Bei allem Respekt – ‚Blutgeld‘ und Anstiftung zum Mord gehören zu den Hauptgründen für die Existenz des Strafgerichtshofs.“ | Daniel Frick

Vorwürfe nach Ölkatastrophe

Verteidigungsminister Benny Gantz (Blau-Weiß) hat Vorwürfe des „Wall Street Journal“ zurückgewiesen, nach denen Israel für eine Ölkatastrophe am Mittelmeer verantwortlich sei. Diese ereignete sich Mitte Februar. Große Teile der Küste wurden mit

Teer verschmutzt. Am 11. März schrieb die amerikanische Zeitung, Israel habe iranische Schiffe angegriffen, die Öl und Waffen nach Syrien brachten.

Die israelische Zeitung „Ha'aretz“ stimmte Gantz zu. Sie betonte aber, dass auch der Gegenvorwurf



Der Teer verschmutzte im Februar weite Teile der israelischen Küste

an den Iran nicht bewiesen sei. Nach der Katastrophe hatte Umweltministerin Gila Gamliel (Likud) den Tanker „Emerald“ und damit den Iran verantwortlich gemacht. Dieser habe absichtlich Öl vor der israelischen Küste abgelassen. Rückendeckung erhielt Gamliel von der internationalen Fachzeitschrift für Schifffahrt „Lloyd's List“: Nach deren Recherchen hatte die „Emerald“ 90.000 Tonnen Rohöl aus dem Iran nach Syrien transportiert. Sie sei bei der emiratischen Gesellschaft P&I Club versichert, die ausschließlich iranische Betreiber nutzten. Wie Gamliel geht das Magazin davon aus, dass die „Emerald“ vor der israelischen Küste das Automatische Identifizierungssystem abgeschaltet hatte. |

Elisabeth Hausen

Nasenspray gegen Coronaviren



Viren wegsprühen: Ein neues Nasenspray soll dies ermöglichen (Symbolbild)

In Israel ist die Massenproduktion für das Nasenspray Enovid angelaufen. Es soll 99,9 Prozent aller Viren abtöten. Es ist sozusagen ein Desinfektionsmittel für die Nase. Die Erfinderin Gilly Regev hofft, dass das Nasenspray „viele Menschenleben rettet in den Ländern, die noch auf einen Impfstoff warten“. Enovid wurde von der kanadischen Firma Sanotize entwickelt, die Regev mitbegründete. Für Israel hat es bereits eine Zulassung. Auch in Neuseeland und Großbritannien strebt die Firma eine Genehmigung an.

Als zentraler Wirkstoff dient Stickstoffmonoxid. Normalerweise wird dieses in Gasflaschen an Krankenhäuser geliefert. Sanotize habe eine Methode entwickelt, es flüssig verabreichen zu können, sagte Regev der Onlinezeitung „Times of Israel“. Alle eingesetzten Komponenten würden auch in der Lebensmittelindustrie verwendet und seien sicher. In der Produktionsstätte nahe Tel Aviv sollen schon bald bis zu eine Million Fläschchen monatlich vom Band laufen. Vergangene Woche gab Sanotize die Ergebnisse weiterer klinischer Studien bekannt. Diese zeigen, dass Enovid auch bei einer bestehenden COVID-Erkrankung Dauer und Schwere des Verlaufs mindern kann. |

Timo König

BIBELBLICK

Israel zwischen Endlösung und Erlösung

Die Geschichte und das Geschick des jüdischen Volkes sind auf einzigartige Weise hineingewoben in die Geschichte der Welt. Bereits in biblischen Zeiten sagen andere Völker Israel die Vernichtung an. Der Leidensweg zieht sich bis in unsere Tage. Doch weder das alte Persien noch Hamas und Hisbollah konnten Gottes Volk auslöschen. Es blieb nicht von Schlägen verschont, doch Israel lebt.

Egmond Prill

Es ist das Wunder von Israels Bewahrung. Gott führte im Auf und Ab einer wechselvollen Geschichte sein Volk durch die Zeiten. Er ist Israels Schutz und Schild. Zu allen Zeiten wurde sein Volk bedrängt und bedroht. Psalm 83 zitiert die Feinde des jüdischen Volkes: „Sie machen listige Anschläge gegen dein Volk und halten Rat gegen die, die sich bei dir bergen. ‚Wohlan!‘ sprechen sie, ‚lasst uns sie ausrotten, dass sie kein Volk mehr seien und des Namens Israel nicht mehr gedacht werde!‘“

Juden – verachtet und vertrieben

In diesem Jahr erinnert Deutschland an das erste offizielle Dokument, das Juden im damals römischen Köln erwähnt. Kaiser Konstantin bestätigte 321, dass Juden dem Stadtrat angehören dürfen. Anders gesagt: Das jüdische Volk war bereits an Rhein und Donau, als die heutigen Völker und Staaten noch gar nicht entstanden waren. Viele Völker sind inzwischen verschwunden. Nicht zuletzt im Zuge der Völkerwanderung haben sich viele Stämme und Sprachen aufgelöst. Juden dagegen finden wir heute noch in Köln, Nürnberg, New York und Jerusalem. Gott hat sein Volk bewahrt. Traditionen, Speisegebote und Feiertage blieben erhalten. Der Glaube an den Einen und Ewigen blieb lebendig.

Doch der Blick in die Geschichte zeigt, dass in allen europäischen Regionen Juden verachtet, verfolgt und vertrieben wurden. Im Mittelalter durften Juden weder Land besitzen noch in den Zünften Mitglied sein. Man gönnte ihnen gern stinkende Gewerbe wie Färberei und Gerberei und das damals anrühige Geschäft mit dem Geld. So wurden Juden Geldverleiher und Bankiers. Ab 1346 wütete die Pest in Europa. Der „schwarze Tod“ entvölkerte ganze Landstriche. Die Schuld gab man den Juden. Ghettos wurden zugesperrt und schließlich brannten die Scheiterhaufen. 1492 begann die Vertreibung der Juden aus Spanien. Zehntausende flohen nach Mitteleuropa und im Dreißigjährigen Krieg weiter nach Osteuropa. In der Ukraine gab es ab 1648 furchtbare Massaker. Es ist ein langer Leidensweg des jüdischen Volkes in Europa bis zum Plan einer „Endlösung“, der im Massenmord endete.

Juden – behütet und bewahrt

Auch außerhalb Europas, vor allem in islamischen Staaten, wurden Juden verfolgt. Doch die Flammenhöllen der Feinde Israels konnten Gottes Volk nicht auslöschen. Denn Gott hatte ein Versprechen gegeben: „So spricht der HERR, der dich geschaffen hat, Jakob, und dich gemacht hat, Israel: Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein! Wenn du durch Wasser gehst, will ich bei dir sein, und wenn du durch Ströme gehst, sollen sie dich nicht ersäufen. Wenn du ins Feuer gehst, wirst du nicht brennen, und die Flamme wird dich nicht versengen. Denn ich bin der HERR, dein Gott, der Heilige Israels, dein Heiland“ (Jesaja 43,1–3).

In der Bibel finden wir Bewahrungsgeschichten: Der Weg durch das Schilfmeer, Daniel in der Löwengrube, der Gesang der Männer im Feuerofen und Königin Esther mit der Rettung der Juden im alten Persien. Als drei Jahre nach dem Ende von Auschwitz der moderne Staat Israel gegründet wurde, begannen Wunder der Bewahrung in unserer Zeit. Weder die Kriege gegen Israel noch der langanhaltende Terror und der weltweite Israelhass konnten Land und Volk zerstören. Und so bleibt für Israel das Vertrauen auf den Gott der Geschichte, der über Land und Volk wacht. Psalm 121 hält fest: „Siehe der Hüter Israels schläft und schlummert nicht. Der Herr behütet dich.“



Der Berg Ebal und seine Funde

Die antike Kultstätte auf dem Berg Ebal war Forschern lange ein Geheimnis. Heute glauben viele Juden und Christen, dass es sich um den Altar Josuas handelt. Geprägt hat diese Theorie der Archäologe Adam Zertal in den 1980er Jahren. Wegbegleiter Benny Katzover erinnert sich.

Aufgezeichnet von Mirjam Holmer

Vor etwa 40 Jahren besuchte mich ein Mann von der sozialistischen Jugendbewegung „HaSchomer HaZair“ aus dem Kibutz Ein Schemer. Adam Zertal erklärte, dass er eine archäologische Untersuchung zur Besiedlung des Bergs Menasche anstrebte. Die Forscher wollten den Hügel ablaufen. Sie wollten nicht graben, suchten nichts Spezifisches, wollten aber jeden Fund einzeln dokumentieren.

Abfällig sagte er: „Dabei geht es um die Zeit Josuas.“ An den Tanach, die jüdische Bibel, glaubte er nicht. Seit 150 Jahren untersuchten Archäologen aus aller Welt das gesamte Gebiet um den Berg Ebal. Bisher hatten sie nichts Wesentliches gefunden: Kein Gebäude, keine Wand, keinen Nachweis, dass die biblischen Geschichten so stattgefunden haben. Es gab kein einziges Tongefäß aus der Zeit Josuas.

Das alles, sagte Zertal, sei ein weiteres Indiz, dass diese Ereignisse ausgedachte Geschichten seien. Für sein Doktorat ging er dann jeden einzelnen Meter ab. Und plötzlich fand er auf der nördlichen Seite des Ebals tausende Tonscherben – alle auf die Zeit Josuas datiert. Der skeptische Archäologe war erstaunt: „So eine Explosion erfolgt nicht einfach so. Die Ereignisse müssen sich so zugetragen haben, wie es im Tanach beschrieben ist.“

Etwa 1980 steckte Zertal ein Feld von 7 mal 9 Metern ab, wo er graben wollte. Nach einigen Jahren fand er einen Steinhäufen und darunter ein weißes Gebäude mitsamt Asche und Knochen. Ich sagte: „Vielleicht hast du nun Josuas Altar gefunden.“

Immer noch machte er sich über uns Bibelgläubige lustig: „Ihr Religiösen mit euren Träumereien! Das kann doch alles mögliche bedeuten.“

„Und Mose und die levitischen Priester redeten mit ganz Israel und sprachen: Merke auf und höre, Israel! Am heutigen Tage bist du ein Volk des Herrn, deines Gottes, geworden, dass du der Stimme des Herrn, deines Gottes, gehorsam seist und tust nach seinen Geboten und Rechten, die ich dir heute gebiete.“

5. Mose 27,9f

nicht, was ich machen soll. Zwischen dem Iran und Ägypten ist mir kein ähnliches Gebäude bekannt. Das ganze Gebäude ist so anders. Es gibt eine Rampe, aber keine Fenster und keine Türen. Es ist kein Grab, kein Haus und keine Farm. Ich habe keine Ahnung, wie das einzuordnen ist.“

Nicht weit von hier, in Schavei Schomron, zeigte uns ein Fremdenführer in der Feldschule die Maße des Altars von Josua aus der Mischna, der grundlegenden Textsammlung des Talmud. Zwei Zeichnern zeigte er den Ort. Es stimmte alles. Zertal sagte: „Es tut mir leid, aber als Archäologe kann ich mich unmöglich auf die jüdischen Schriften verlassen.“ Am Berg Ebal gibt es einen Altar mit zwölf Steinen. In 5. Mose 27 und in Josua 8 gebietet Gott durch Mose, wie der Altar für den HERRN gebaut werden soll.



„Die Geschichte vom Berg Ebal ist wie aus einem Film“, ist Benny Katzover überzeugt. Der fromme Jude wohnt in der Siedlung Elon Moreh, die zwischen dem Berg Ebal und dem Berg Kabir liegt. Israelis ist er vor allem als Siedlungspionier und Sprecher der Siedlerbewegung in Samaria bekannt. Dem Israelnetz Magazin erzählt er seine Erlebnisse.

Mit dem Tanach war Adam nicht allzu vertraut, und vor allem erkannte er ihn nicht an. Doch als er diese Funde machte, begann er, die jüdischen Schriften zu studieren. Später, als Professor an der Universität Haifa, zitierte er immer wieder aus Tanach, Mischna, Midrasch und Talmud.

Im Laufe der Jahre hatten wir uns angefreundet. Eines Tages kam er zu mir: „Benny, ich weiß

Anfangs war Jerusalem bedeutungslos. In der Tora kommt es nicht einmal vor. Die ersten drei Mose-Bücher nutzen lediglich die Bezeichnung „der Ort, den ich dir zeigen werde“. Erst als David König wird, erscheint auch der Name Jerusalem. Doch bis zu König David ist Josua die wichtige Person. Und Josua ist untrennbar mit Sichem (Nablus) verbunden.

Aber Adam glaubte immer noch nicht. Er nahm acht Knochen und schickte sie in das DNA-Labor der Hebräischen Universität in Jerusalem. Nach zwei Tagen kam er aufgeregt zu mir: „Das Ergebnis wirst du mir nicht glauben!“ Er hielt einen Bericht aus dem Labor in der Hand. Alle fünfzehn Charakteristika stimmten mit dem jüdischen Glauben überein: So stammten alle Knochen von männlichen koscheren Tieren, die jünger als ein Jahr alt waren. Zudem wurden die Tiere auf offenem Feuer verbrannt.

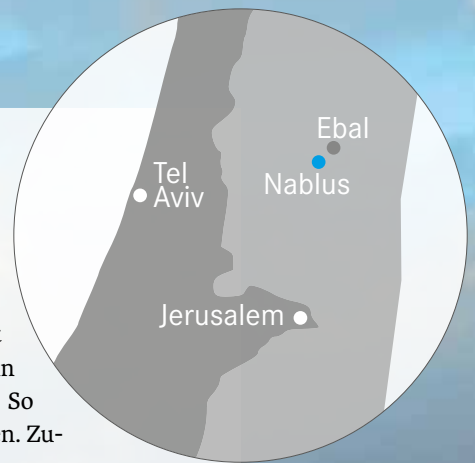
Adam sagte: „Benny, ich kann nachts nicht mehr schlafen. Die Bedeutung dieses Schreibens aus dem Labor kommt dem wissenschaftlichen Beweis gleich, dass Gott am Sinai dem Mose die Tora gegeben hat. Den meisten Theorien nach hat die Geschichte von Josua so wenig stattgefunden wie die auf dem Sinai oder der Einzug ins Land Israel aus Ägypten. Die meisten Forscher gehen davon aus, dass es sich um ein kleines Beduinen-Volk von 2.000 bis 3.000 Menschen handelte. Sie nahmen Bräuche aus den umliegenden Völkern an, schrieben alles zusammen und nannten es Tanach. Aber was wir hier gefunden haben, wirft alle diese Theorien über den Haufen! Sogar ein kleines Kind könnte das nicht leugnen.“ Zusätzlich zu den fünfzehn Laborfakten überzeugte Adam noch etwas anderes: „Hier ist nicht ein einziger mit Eisen behauener Stein. Nur Juden war es verboten, die Steine für einen Altar zu behauen. Schau dir außerdem die Rampe an. Nur Juden ist es verboten, Stufen zu einem Altar zu bauen.“ Er holte zwei Dinge aus seiner Hosentasche: „Das sind Skarabäen, Käfer-Nachbildungen aus Ägypten. Die waren von Ägypten aus unterzeichnet. Wie kommen zwei Skarabäen aus Ägypten hier an den Ebal? Ich habe sie gestern in einem Loch im Gebäude mit weiteren Gegenständen gefunden. Sie sind nicht zufällig da reingekommen.“

Er machte noch eine mathematische Überlegung: „Gemäß dem Tanach geschah die Einsetzung des jüdischen Volkes (5. Mose 27,9) auf dem Berg Ebal etwa 40 Jahre, nachdem es aus Ägypten kam und die Tora am Sinai erhielt. Wer damals 20 Jahre alt war, war nun etwa 60. Seine Großeltern waren auf dem Sinai dabei gewesen. Wäre das alles nur Bluff gewesen – wie hätte man Menschen dann überzeugen können, sich gemäß all der Gebote zu verhalten und dem allen zu glauben?“

Adam war plötzlich überzeugt: „Auf dem Berg Ebal erfolgte die Einsetzung des jüdischen Volkes. Das ganze Volk war da zusammengekommen.“

Später nannte Adam die Archäologen „die Bibelleugner“. Dabei war er selbst mal einer von ihnen gewesen. In Vorträgen erklärte er: „Ich habe meine Lektion gelernt. Der Tanach ist authentisch.“ Er hatte noch acht weitere Ausgrabungen gemacht, die die Geschichten aus dem Tanach bestätigen. Viele Archäologen leugnen seine Funde bis heute. Für uns, die wir hier nach dem Jom-Kippur-Krieg siedelten, war die Verbindung zu Zertal ein Wunder: Ausgerechnet der Junge vom HaSchomer HaZair machte diese Funde. Es war kein Nationalist und auch kein Religiöser. Trotz aller Beweise legte er sich nie fest. Er sagte immer: „Ich habe BEINAHE einen wissenschaftlichen Beweis erbracht.“ Kurz vor seinem Tod im Oktober 2015 sagte er: „Weißt du, in der Akademie ist es immer das gleiche Prinzip. Einer schreibt: So ist es passiert. Der nächste sagt: Nein, so nicht. Der dritte sagt: Doch, das ist es. Mich hat aber bis heute keiner widerlegt.“

Allein, dass er die Möglichkeit des Auszugs aus Ägypten als reales Ereignis in Betracht zog, ist ein Wunder. Eine besondere Begegnung: Ich war dabei, als der damals bekannteste Archäologe Jigael Jadin ihn auf dem Ebal traf. Adam zeigte ihm seine Funde und verwies auf den Talmud und die Mischna. Wütend fragte Jadin ihn: „Hast du etwa nicht gelernt, dass ein Archäologe sich nicht auf jüdische Quellen verlassen darf?“ Wie ein Schuljunge schaute Adam ihn an: „Genau diese habe ich doch infrage gestellt. Aber die Funde im Feld, die Untersuchungen, die Radiokarbonmethode – das alles gibt den Quellen doch recht.“ Jadin schwieg und sagte: „Darüber muss ich nochmal nachdenken.“ |



Wenn ausländische Besucher auf die Hügellandschaft um den Berg Ebal schauen, fühlen sie sich an eine unwirkliche Märchenlandschaft erinnert. Ein säkularer Israeli sagte einmal schwärmerisch: „Von hier oben gibt es eine großartige Aussicht. Dies alles ist das Land der Bibel.“

Christliche Medieninitiative pro in Wetzlar
hat ab sofort folgende Stelle zu besetzen:



Israelnetz Redaktionsleitung

mit Repräsentationsaufgaben und Strategieweissung

Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten

Weltgeschichte und Tagespolitik
bündeln sich im Brennpunkt
Nahost. Zuverlässige
Berichterstattung, gründlich
recherchierte Nachrichten und
Analysen sind Markenzeichen
der Israelnetz-Arbeit, die die
aktuelle Relevanz dieses zentralen
biblischen Themas verdeutlichen.
israelnetz.com

 **israelnetz**

Aufgaben

- Verantwortliche Planung und Umsetzung der crossmedialen Publikationen
- Teamführung
- Weiterentwicklung der Israelnetz-Angebote
- Vortragsdienste, Netzwerken

medieninitiative.pro/jobs

